

Peter Dransfeld  
Kirchgasse 10  
8272 Ermatingen  
(Fraktion Grüne)

EINGANG GR: 4. Okt. 2021		
20	EA 88	228

### Einfache Anfrage

## Beleidigungen und Drohungen gegenüber Amtspersonen

In den vergangenen Wochen häufen sich Hinweise auf Beleidigungen und Drohungen gegenüber Amtspersonen. Das Attentat von Zug, das 14 Menschen das Leben kostete, ist gerade 20 Jahre her. Es ermahnt uns, dass Drohungen auch in Gewalt übergehen können. Wutbürger(innen) sind oft schwer einzuschätzen, in jedem Fall aber eine Bedrohung des sozialen Friedens. Vor diesem Hintergrund ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie beurteilt der Regierungsrat generell die Entwicklung von Beleidigungen und Drohungen gegenüber Amtspersonen im Thurgau?**
- 2. Wie häufig waren schwere Beleidigungen und Drohungen gegenüber Thurgauer Regierungsmitgliedern in den vergangenen 10 Jahren?**
- 3. Wie häufig wurden dabei ernste Gefährdungen vermutet, wie oft kam es zu Beobachtungen potentieller Gefährder, zu Untersuchungen und zu Strafanzeigen?**
- 4. Welche waren die schwerwiegendsten Beleidigungen und Drohungen der letzten 10 Jahre gegenüber Thurgauer Regierungsmitgliedern?**
- 5. Sieht der Regierungsrat das Potenzial einer vertrauensfördernden Kommunikation als ausgeschöpft an? Würde eine Ombudsperson helfen, enttäuschte und wütende Menschen aufzufangen?**

Wut und Hass gegenüber Amtspersonen sind Zeichen des Misstrauens, der Ohnmacht, des Gefühls, Amtspersonen handelten nicht zugunsten des Gemeinwohls. Solche Befindlichkeiten sind ernst zu nehmen. Sie bergen das Potenzial von Gewalt und in noch höherem Mass von unsozialem Verhalten, was schlussendlich öffentliche Ressourcen bindet.

Es lohnt sich ohne Zweifel, über Ursachen, Vorbeugung und Massnahmen von Beleidigungen und Drohungen gegenüber Amtspersonen nachzudenken und darüber zu sprechen.

Ermatingen, 4. Oktober 2021

  
Peter Dransfeld